

bisherige Fassung	künftige Fassung
§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr, Wirkungsbereich	§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr, Wirkungsbereich
1. Der Verein führt den Namen „Forstbetriebsgemeinschaft für den Landkreis Friedberg und Umgebung (FBG). Er ist ein Verein im Sinne des Gesetzes über forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse (BGBl. D 1969 S. 1543). Er erlangt Rechtsfähigkeit durch Eintragung ins Vereinsregister. Im Falle der Eintragung ins Vereinsregister erhält er den Zusatz e.V.	1. Der Verein führt den Namen „Forstbetriebsgemeinschaft für den Landkreis Friedberg und Umgebung (FBG). Er ist ein Verein im Sinne des Gesetzes über forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse (BGBl. D 1969 S. 1543). Er erlangt Rechtsfähigkeit durch Eintragung ins Vereinsregister. Im Falle der Eintragung ins Vereinsregister erhält er den Zusatz e.V.
2 Die FBG wird Mitglied der forstwirtschaftlichen Vereinigung für Schwaben im Sinne des § 23 des Gesetzes über forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse. Letztere ist korporativ den Bayer. Bauernverband und dem Bayerischen Waldbesitzerverband angeschlossen. Diese korporative Mitgliedschaft ist kein Ersatz für die persönliche Mitgliedschaft in den beiden Verbänden. Die FBG verpflichtet sich, die persönliche Mitgliedschaft beim Bayerischen Bauernverband in jedem Fall und beim Bayerischen Waldbesitzerverband ab 20 ha Waldfläche zu fördern.	2 Die FBG wird Mitglied der forstwirtschaftlichen Vereinigung für Schwaben im Sinne des § 23 des Gesetzes über forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse. Letztere ist korporativ den Bayer. Bauernverband und dem Bayerischen Waldbesitzerverband angeschlossen. Diese korporative Mitgliedschaft ist kein Ersatz für die persönliche Mitgliedschaft in den beiden Verbänden. Die FBG verpflichtet sich, die persönliche Mitgliedschaft beim Bayerischen Bauernverband in jedem Fall und beim Bayerischen Waldbesitzerverband ab 20 ha Waldfläche zu fördern.
3. Die FBG hat Ihren Sitz in Friedberg.	3. Die FBG hat Ihren Sitz in Friedberg.
4. Das Geschäftsjahr läuft von 1. Januar bis 31. Dezember.	4. Das Geschäftsjahr läuft von 1. Januar bis 31. Dezember.
5. Der Wirkungsbereich der FBG erstreckt sich auf den Landkreis Friedberg und den benachbarten Gemeinden.	5. Der Wirkungsbereich der FBG erstreckt sich auf das Gebiet des Altlandkreis Friedberg und der angrenzenden Gemeinden.

bisherige Fassung	künftige Fassung
§ 2 Zweck und Aufgabe	§ 2 Zweck und Aufgabe
1. Zweck der FBG ist die Förderung und Erhaltung des bäuerlichen, genossenschaftlichen und kommunalen Waldbesitzes im FBG-Wirkungsbereich. Die FBG ist gemeinnützig. Sie erstrebt keinen Gewinn und verwendet etwaige Überschüsse ausschließlich zu satzungsmäßigen Zwecken. Sie hat das Recht und die Pflicht, über die Erfüllung der Aufgaben zu wachen.	1. Zweck der FBG als privatrechtlicher Zusammenschluss von Grundbesitzern ist die Förderung und Erhaltung des privaten, insbesondere des bäuerlichen, genossenschaftlichen und kommunalen Waldbesitzes im FBG– Wirkungs- und Geschäftsbereich, sowie die Ermöglichung einer wesentlichen Verbesserung der Bewirtschaftung aller angeschlossenen Waldflächen und der zur Aufforstung bestimmten Grundstücke. Dabei sollen insbesondere die Nachteile geringer Flächengröße, ungünstiger Flächengestalt, der Besitzersplitterung, der Gemengelage, des unzureichenden Waldaufschlusses oder anderer Strukturmängel überwunden werden.
2. Der FBG obliegen insbesondere folgende Aufgaben:	2. Der FBG obliegen insbesondere folgende Aufgaben:
a) Vertretung ihrer Mitglieder in allen Fragen der Waldwirtschaft;	a) Vertretung ihrer Mitglieder in allen Fragen der Waldwirtschaft;
b) Beratung und Unterstützung der Mitglieder bei	b) Beratung und Unterstützung der Mitglieder bei

<p>Ausführung von Forstkulturen, Bodenverbesserungen und Bestandspflegearbeiten einschließlich des Forstschutzes sowie der Durchführung des Holzeinschlages, der Holzaufarbeitung und der Holzbringung;</p> <p>c) Bau und Unterhaltung von Wegen und anderen Einrichtungen für die Holzbeförderung;</p> <p>d) Gemeinsamer Bezug und Einsatz von Maschinen und Geräten zur Verwirklichung der Aufgaben der FBG;</p> <p>e) Gemeinsamer Bezug von standortgerechten Waldpflanzen, Zaunbaumaterial, Dünge- und Unkrautbekämpfungsmitteln, Wildverbiß-Schutzmitteln u.ä.;</p> <p>f) Gemeinsame Verwertung von Walderzeugnissen und Abstimmung der einzelnen forstlichen Vorhaben;</p> <p>g) Verbreitung der für eine fortschrittliche Waldbewirtschaftung notwendige Kenntnisse und Fertigkeiten unter den Mitgliedern durch Versammlungen, Vorträge, Rundschreiben, Kurse, Vorführungen, gemeinsame Waldbegehungen und Lehrwanderungen.</p> <p>h) Unterrichtung und Schulungen in neuzeitlichen Arbeitsverfahren, Ausbildung an modernen Geräten;</p> <p>i) Beratung der Mitglieder über die Holzmarktlage und in Fragen der Holzsortierung und –verwertung;</p> <p>j) Förderung aller Bestrebungen zur Erhaltung und zum Schutze des heimischen Waldes als lebenswichtiges Element der Landschaft und der Landeskultur.</p>	<p>Ausführung von Forstkulturen, Bodenverbesserungen und Bestandspflegearbeiten einschließlich des Forstschutzes sowie der Durchführung des Holzeinschlages, der Holzaufarbeitung und der Holzbringung;</p> <p>c) Gemeinsamer Bezug und Einsatz von Maschinen und Geräten zur Verwirklichung der Aufgaben der FBG;</p> <p>d) Gemeinsamer Bezug von standortgerechten Waldpflanzen, Zaunbaumaterial, Wildverbiß-Schutzmitteln u.ä.;</p> <p>e) Gemeinsame Verwertung von Walderzeugnissen und Abstimmung der einzelnen forstlichen Vorhaben;</p> <p>f) Verbreitung der für eine fortschrittliche Waldbewirtschaftung notwendige Kenntnisse und Fertigkeiten unter den Mitgliedern durch Versammlungen, Vorträge, Rundschreiben, Kurse, Vorführungen, gemeinsame Waldbegehungen und Lehrwanderungen.</p> <p>g) Unterrichtung und Schulungen in neuzeitlichen Arbeitsverfahren, Ausbildung an modernen Geräten;</p> <p>h) Beratung der Mitglieder über die Holzmarktlage und in Fragen der Holzsortierung und –verwertung;</p> <p>i) Förderung aller Bestrebungen zur Erhaltung und zum Schutze des heimischen Waldes als lebenswichtiges Element der Landschaft und der Landeskultur;</p> <p>j) Betreuung und Bewirtschaftung von Mitgliedswaldflächen auf der Grundlage von Waldpflegeverträgen.</p>
--	--

bisherige Fassung	künftige Fassung
§ 3 Mitgliedschaft	§ 3 Mitgliedschaft
1. Die FBG unterscheidet ordentliche, fördernde und Ehrenmitglieder.	1. Die FBG unterscheidet ordentliche, fördernde und Ehrenmitglieder.
2. Ordentliches Mitglied kann jede natürliche oder juristische Person werden, die im Bereich der FBG Wald im Eigentum oder Besitz hat. Die Aufnahme ist schriftlich zu beantragen, über den Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand.	2. Ordentliches Mitglied kann jede natürliche oder juristische Person sowie eine Personengesellschaft werden, die im Bereich der FBG Wald im Eigentum oder Besitz hat. Förderndes Mitglied kann jede natürliche oder juristische Person werden, die an der bäuerlichen Waldwirtschaft mitzuarbeiten bereit ist.
3. Förderndes Mitglied kann jede natürliche oder juristische Person werden, die an der bäuerlichen	3. Erwirbt eine juristische Person die Mitgliedschaft, wird diese im Verein durch einen ihrer gesetzlichen

<p>Waldwirtschaft mitzuarbeiten bereit ist. Die Aufnahme ist schriftlich zu beantragen, über den Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand.</p>	<p>Vertreter repräsentiert. Der Repräsentant ist dem Verein schriftlich zu benennen. Dieser benannte Repräsentant vertritt die juristische Person im Verein und in der Mitgliederversammlung. Und nur dieser benannte Repräsentant ist in ein Amt wählbar.</p>
<p>4. Ein förderndes Mitglied hat ein Stimmrecht nur bei der Beschlussfassung über die Auflösung der FBG oder als Mitglied des Ausschusses.</p>	<p>4. Erwirbt eine Personengesellschaft die Mitgliedschaft, wird diese durch einen ihrer Gesellschafter, der dem Verein schriftlich zu benennen ist, repräsentiert. Absatz 3 Satz 3 und Satz 4 gelten entsprechend.</p>
<p>5. Personen, die sich in besonderem Maße um die FBG oder um die Förderung und Erhaltung des Waldbesitzes verdient gemacht haben, können durch Beschluss der Mitgliederversammlung zu Ehrenmitgliedern ernannt werden.</p>	<p>5. Ein förderndes Mitglied hat ein Stimmrecht nur bei der Beschlussfassung über die Auflösung der FBG. 6. Die Aufnahme ist schriftlich zu beantragen; über den Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand.</p>
	<p>7. Personen, die sich in besonderem Maße um die FBG oder um die Förderung und Erhaltung des Waldbesitzes verdient gemacht haben, können durch Beschluss des Vorstands zu Ehrenmitgliedern ernannt werden.</p>

bisherige Fassung	künftige Fassung
§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft	§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft
<p>1. Die Mitgliedschaft erlischt: a) durch Beendigung der Rechtsfähigkeit; b) durch Austritt c) durch Ausschluss.</p>	<p>1. Die Mitgliedschaft erlischt: a) durch Versterben bei natürlichen Personen b) durch Auflösung bei juristischen Personen und Personengesellschaften c) durch Austritt d) durch Ausschluss</p>
<p>2. Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung mittels Einschreiben an den Vorsitzenden.</p> <p>Der Austritt der frühestens zum Schluss des dritten vollen Geschäftsjahres erfolgen kann, kann nur zum Ende eines Geschäftsjahres mit einer einjährigen Kündigungsfrist erklärt werden.</p>	<p>2. Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung an den Vorsitzenden.</p> <p>Der Austritt der frühestens zum Schluss des dritten vollen Geschäftsjahres erfolgen kann, kann nur zum Ende eines Geschäftsjahres mit einer einjährigen Kündigungsfrist erklärt werden.</p>
<p>3. Ein Mitglied kann wegen Verletzung der Satzung wegen Zuwiderhandlung gegen Ziele und Interesse der FBG, wegen rückständiger Beitragsentrichtungen oder aus einem sonstigen wichtigen Grund durch den Vorstand ausgeschlossen werden.</p> <p>Der Ausschluss aus der FBG ist dem Mitglied unter Darlegung der Gründe unverzüglich durch Einschreiben mit Rückschein mitzuteilen.</p>	<p>3. Ein Mitglied kann wegen Verletzung der Satzung wegen Zuwiderhandlung gegen Ziele und Interesse der FBG, wegen rückständiger Beitragsentrichtungen oder aus einem sonstigen wichtigen Grund durch den Vorstand ausgeschlossen werden.</p> <p>Der Ausschluss aus der FBG ist dem Mitglied schriftlich mitzuteilen.</p>
<p>4. Gegen den Ausschluss ist Einspruch zur Mitgliederversammlung zulässig. Der Einspruch kann nur innerhalb einer Frist von 1 Monat nach Zugang des Ausschließungsbescheides beim Vorstand schriftlich eingelegt werden.</p>	
<p>5. Bis zur Entscheidung über den Einspruch ruhen alle Rechte des ausgeschlossenen Mitgliedes.</p>	
<p>6. Ausgeschlossene Mitglieder können nur durch den Beschluss der Mitgliederversammlung wieder aufgenommen werden.</p>	
<p>7. Mit Beendigung der Mitgliedschaft erlöschen alle</p>	<p>4. Mit Beendigung der Mitgliedschaft erlöschen alle</p>

Ansprüche aus dem Mitgliedschaftsverhältnis, unbeschadet der Ansprüche der FBG. Eine Rückgewähr von Beiträgen, Sacheinlagen, Spenden oder sonstige Leistungen ist ausgeschlossen.	Ansprüche aus dem Mitgliedschaftsverhältnis, unbeschadet der Ansprüche der FBG. Eine Rückgewähr von Beiträgen, Sacheinlagen, Spenden oder sonstige Leistungen ist ausgeschlossen.
---	---

bisherige Fassung	künftige Fassung
§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder	§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder
1. Die Mitglieder der FBG sind berechtigt, alle Einrichtungen und Dienstleistungen der FBG ohne Ansehung der Größe des Waldeigentums oder Besitzes in Anspruch zu nehmen.	1. Die ordentlichen Mitglieder der FBG sind berechtigt, alle Einrichtungen und Dienstleistungen der FBG ohne Ansehung der Größe des Waldeigentums oder Besitzes in Anspruch zu nehmen.
2. Die Mitglieder der FBG sind verpflichtet	2. Die Mitglieder der FBG sind verpflichtet
a) die Bestrebungen der Vereinigung zu fördern und deren Aufgabe mit zu erfüllen;	a) die Bestrebungen der Vereinigung zu fördern und deren Aufgabe mit zu erfüllen;
b) das zur gemeinschaftlichen Veräußerung gemeldete Holz ganz fristgerecht der FBG zur Verfügung zu stellen;	b) das zur gemeinschaftlichen Veräußerung gemeldete Holz ganz fristgerecht der FBG zur Verfügung zu stellen;
c) die im Rahmen eines gemeinsamen Bezuges bestellten Gegenstände abzunehmen;	c) die im Rahmen eines gemeinsamen Bezuges bestellten Gegenstände abzunehmen;
d) das Eigentum der FBG schonend zu behandeln; und es nur zu den vorgesehenen Zwecken zu benutzen;	d) das Eigentum der FBG schonend zu behandeln; und es nur zu den vorgesehenen Zwecken zu benutzen;
e) die festgesetzten Beiträge und Entgelte pünktlich zu entrichten;	e) die festgesetzten Beiträge und Entgelte pünktlich zu entrichten;
	3. Ordentliche Mitglieder haben darüber hinaus die Pflicht, das zur Veräußerung bestimmte Holz ganz oder teilweise durch die FBG zum Verkauf anbieten zu lassen.

bisherige Fassung	künftige Fassung
§ 6 Vereinsstrafe	§ 6 Vereinsstrafe
1. Verstößt ein Mitglied schuldhaft gegen § 5 Abs. 2 Ziff. b, c der Satzung, so hat der Vorstand eine Vereinsstrafe von mindestens DM 100,00 höchstens jedoch DM 1.200,00 zu verhängen.	1. Verstößt ein Mitglied schuldhaft gegen § 5 Abs. 2 Ziff. b, c oder § 5 Abs. 3 der Satzung, so hat der Vorstand eine Vereinsstrafe von mindestens EUR 50,00 höchstens jedoch EUR 600,00 zu verhängen.
2 Schadensersatzansprüche der FBG bleiben unberührt.	2 Schadensersatzansprüche der FBG bleiben unberührt.

bisherige Fassung	künftige Fassung
§ 7 Organe der FBG	§ 7 Organe der FBG
Die Organe der Waldbesitzervereinigung sind:	Die Organe der Waldbesitzervereinigung sind:

a) der Vorstand; b) der Ausschuss; c) die Mitgliederversammlung.	a) der Vorstand; b) die Mitgliederversammlung.
--	---

bisherige Fassung	künftige Fassung
§ 8 Vorstand	§ 8 Vorstand
1. Der Vorstand besteht aus 5 Mitgliedern: a) Erster Vorsitzender; b) Zweiter Vorsitzender; c) drei weitere Mitglieder.	1. Der Vorstand besteht aus nachfolgenden Mitgliedern: a) Erster Vorsitzender; b) Zweiter Vorsitzender; c) bis zu vier weiteren Mitgliedern; die Zahl der weiteren Mitglieder wird vor einer jeden Wahl vom Vorstand bestimmt.
2. Der Vorstand wird durch die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit auf die Dauer von 5 Jahren gewählt. Die Wahlen sind schriftlich und geheim. Wiederwahl ist zulässig. Der Vorstand bleibt solange im Amt, bis ein neuer Vorstand ordnungsgemäß gewählt ist. Scheidet ein Vorstandsmitglied aus, so ist durch die nächste Mitgliederversammlung eine Neuwahl durchzuführen	2. Der Vorstand wird durch die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit auf die Dauer von 5 Jahren gewählt. Die Wahlen sind schriftlich. Wiederwahl ist zulässig. Der Vorstand bleibt solange im Amt, bis ein neuer Vorstand ordnungsgemäß gewählt ist. Scheidet ein Vorstandsmitglied aus, so ist in der nächsten Mitgliederversammlung für die restliche Amtsdauer eine Ersatzwahl durchzuführen
3. Der Vorstand fasst Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Stimmenthaltung ist unzulässig. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.	3. Der Vorstand fasst Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.
4. Der Vorstand ist beschlussfähig bei Anwesenheit von mindestens drei Mitgliedern.	
5. Vorstandssitzungen sind vom Vorsitzenden oder auf Antrag von mindestens 2 Vorstandsmitgliedern mit mindestens 8 Tage Frist durch den Vorsitzenden schriftlich einzuberufen. Dabei ist die Tagesordnung bekanntzugeben.	4. Vorstandssitzungen sind vom Vorsitzenden oder auf Antrag von mindestens 2 Vorstandsmitgliedern mit mindestens 8 Tage Frist durch den Vorsitzenden schriftlich einzuberufen. Dabei ist die Tagesordnung bekanntzugeben. Jede ordnungsgemäß einberufene Vorstandssitzung ist beschlussfähig.

bisherige Fassung	künftige Fassung
§ 9 Aufgaben des Vorstandes	§ 9 Aufgaben des Vorstandes
1. Der Vorstand hat folgende Aufgaben: a) Beschlussfassung über Aufnahmeantrag (§3 Abs.2 und Abs. 3); b) Beschlussfassung über Ausschluss; c) Verhängung von Vereinsstrafen;	1. Der Vorstand hat folgende Aufgaben: a) Beschlussfassung über Aufnahmeantrag (§3 Abs.2 und Abs. 3); b) Beschlussfassung über Ausschluss; c) Verhängung von Vereinsstrafen;

<p>d) Einberufung der ordentlichen und außerordentlichen Mitgliederversammlung;</p> <p>e) Erstellung des Haushaltvoranschlages;</p> <p>f) Bestellung des Geschäfts- und Rechnungsführers;</p> <p>g) Beschlussfassung über Art und Umfang der nach § 2 durchgeführten forstlichen Maßnahmen sowie über gemeinsame Verkaufsregeln;</p> <p>h) Verbescheidung von Anträgen und Beitragsermäßigung und Beitragsniederschlagung in besonderen Fällen.</p>	<p>d) Einberufung der ordentlichen und außerordentlichen Mitgliederversammlung;</p> <p>e) Erstellung des Haushaltvoranschlages;</p> <p>f) Bestellung des Geschäfts- und Rechnungsführers;</p> <p>g) Beschlussfassung über Art und Umfang der nach § 2 durchzuführenden forstlichen Maßnahmen sowie über gemeinsame Verkaufsregeln;</p> <p>h) Verbescheidung von Anträgen und Beitragsermäßigung und Beitragsniederschlagung in besonderen Fällen.</p>
<p>2. Der erste Vorsitzende bzw. dessen Stellvertreter hat folgende Aufgaben und Befugnisse:</p> <p>a) Die Geschäftsführung der FBG sowie Vollzug der Beschlüsse der Mitgliederversammlung;</p> <p>b) Berücksichtigung der Anträge des Ausschusses bzw. deren Vorlage bei der Mitgliederversammlung;</p> <p>c) Verwaltung des Vermögens der FBG sowie Erteilung von Zahlungsanordnungen;</p> <p>d) Ladung des Ausschusses;</p> <p>e) Leitung der Sitzungen des Ausschusses;</p> <p>f) Führung des Vorsitzes in der Mitgliederversammlung;</p> <p>g) Beurkundung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung;</p> <p>h) Kassenführung;</p> <p>i) Einberufung des Vorstandes.</p>	<p>2. Der erste Vorsitzende bzw. dessen Stellvertreter hat folgende Aufgaben und Befugnisse:</p> <p>a) Die Geschäftsführung der FBG sowie Vollzug der Beschlüsse der Mitgliederversammlung;</p> <p>b) Verwaltung des Vermögens der FBG sowie Erteilung von Zahlungsanordnungen;</p> <p>c) Führung des Vorsitzes in der Mitgliederversammlung;</p> <p>d) Beurkundung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung;</p> <p>e) Kassenführung;</p> <p>f) Einberufung des Vorstandes.</p>
<p>3. Der 1. und der 2. Vorsitzende, und zwar jeder für sich allein, vertreten den Verein im Sinne des § 26 BGB.</p>	<p>3. Der 1. und der 2. Vorsitzende, und zwar jeder für sich allein, vertreten den Verein im Sinne des § 26 BGB.</p>
<p>4. Im Innenverhältnis wird festgelegt, dass der zweite Vorsitzende nur bei Verhinderung des Vorsitzenden tätig wird.</p>	<p>4. Im Innenverhältnis wird festgelegt, dass der zweite Vorsitzende nur bei Verhinderung des Vorsitzenden tätig wird.</p>
	<p>5. Unabhängig davon, ob bzw. in welcher Höhe den Mitgliedern des Vorstands eine Vergütung gewährt wird, bestimmt sich die Haftung des Vorstands nach § 31 a BGB.</p>

bisherige Fassung	künftige Fassung
§ 10 Ausschuss	ENTFÄLLT
1. Die Vereinsmitglieder, die in einem Gemeindebereich Wald besitzen, können einen Gemeindeobmann und einen Stellvertreter mit	

<p>einfacher Stimmenmehrheit auf eine Dauer von 5 Jahren wählen. Die Obmänner, oder im Falle ihrer Verhinderung ihre Stellvertreter, bilden zusammen mit dem Vorstand den Ausschuss der FBG.</p> <p>2. Der Ausschuss tritt auf Einladung des Vorsitzenden des Vorstandes – mindestens zweimal im Jahr – zusammen. Die Einladung erfolgt schriftlich unter Angaben der Tagesordnung mindestens 8 Tage vor dem Sitzungstermin. Der Vorsitzende des Vorstandes ist zu Einberufung einer außerordentlichen Ausschusssitzung verpflichtet, wenn dies mindestens ¼ der Ausschussmitglieder verlangt.</p> <p>Die Sitzung des Ausschusses leitet der Vorsitzende der FBG oder dessen Stellvertreter.</p> <p>3. Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Er fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit der Anwesenden. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung.</p> <p>4. Zu den Ausschusssitzungen sollen der Geschäftsführer und Schriftführer sowie das örtliche zuständige Forstamt eingeladen werden.</p>	
---	--

bisherige Fassung	künftige Fassung
§ 11 Aufgaben des Ausschusses	ENTFÄLLT
Der Ausschuss informiert den Vorstand über die örtliche Notwendigkeiten, berät ihn in der Führung der Vereinsgeschäfte und unterstützt ihn bei der Erfüllung seiner Aufgaben. Vom Ausschuss gestellte Anträge sind vom Vorstand zu berücksichtigen oder der Mitgliederversammlung zur Entscheidung vorzulegen.	

bisherige Fassung	künftige Fassung
§ 12 Mitgliederversammlung	§ 10 Mitgliederversammlung
1. Die ordentliche Mitgliederversammlung ist mindestens einmal im Jahr durch den Vorstand einzuberufen.	1. Die ordentliche Mitgliederversammlung ist mindestens einmal im Jahr durch den Vorstand einzuberufen.
2. Die Mitglieder sind unter Bekanntgabe der Tagesordnung und unter Einhaltung einer Frist von mindestens 1 Woche schriftlich oder ortsüblich zu laden.	2. Die Mitglieder sind unter Bekanntgabe der Tagesordnung und unter Einhaltung einer Frist von mindestens 1 Woche in Textform gem. § 126 b BGB zu laden.
3. Der Vorstand ist zur Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung verpflichtet; wenn dies mindestens 1/3 der Mitglieder schriftlich beim Vorsitzenden beantragt. Die Einberufung der außerordentlichen Mitgliederversammlung erfolgt schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnung mindestens 1 Woche vor dem Versammlungstermin.	3. Der Vorstand ist zur Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung verpflichtet; wenn dies mindestens 1/3 der Mitglieder schriftlich beim Vorsitzenden beantragt. Die Einberufung der außerordentlichen Mitgliederversammlung erfolgt in Textform gem. § 126 b BGB unter Bekanntgabe der Tagesordnung mindestens 1 Woche vor dem Versammlungstermin.

4. Der Vorsitz in der Mitgliederversammlung führt der Erste Vorsitzende, bei seiner Verhinderung der Zweite Vorsitzende, bei Verhinderung beider ein vom Ersten Vorsitzenden bestimmten Stellvertreter.	4. Den Vorsitz in der Mitgliederversammlung führt der Erste Vorsitzende, bei seiner Verhinderung der Zweite Vorsitzende, bei Verhinderung beider ein vom Ersten Vorsitzenden bestimmten Stellvertreter.
5. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens ein Fünftel der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.	5. Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist beschlussfähig.
6. Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder. Eine Vertretung in der Stimmabgabe ist unzulässig. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung.	6. Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen. Eine Vertretung in der Stimmabgabe ist zulässig; schriftliche Vollmacht ist vorzulegen. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung.
7. Beschlüsse über eine Satzungsänderung oder eine Änderung des Zweckes des Vereins, Beschlüsse über Art und Umfang der durchzuführenden forstlichen Maßnahmen sowie über gemeinsame Verkaufsregeln bedürfen der Mehrheit von 2/3, Beschlüsse über die Auflösung des Vereins einer Mehrheit von ¾ der Anwesenden, die in beiden Fällen mindestens 1/5 der stimmberechtigten Mitglieder umfassen müssen.	7. Beschlüsse über eine Satzungsänderung oder eine Änderung des Zweckes des Vereins, Beschlüsse über Art und Umfang der durchzuführenden forstlichen Maßnahmen sowie über gemeinsame Verkaufsregeln bedürfen der Mehrheit von 2/3, Beschlüsse über die Auflösung des Vereins einer Mehrheit von ¾ der gültig abgegebenen Stimmen.
8. Bei Beschlussunfähigkeit muss der Vorstand binnen 4 Wochen eine neue Versammlung mit derselben Tagesordnung einberufen. Diese ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. In der Einladung zu der zweiten Versammlung ist auf diese besondere Beschlussfähigkeit hinzuweisen.	8. Bei Abstimmungen und Wahlen zählen nur die abgegebenen gültigen Stimmen. Stimmenthaltungen sind gelten als nicht abgegeben und bleiben bei der Berechnung des Stimmergebnisses unberücksichtigt.
9. Die Art der Abstimmung bestimmt die Versammlung durch öffentliche Stimmabgabe.	9. Die Art der Abstimmung bestimmt der Versammlungsleiter.
	10. Ein Beschluss der Mitgliederversammlung kann wegen Verletzung der Satzung oder, soweit nachrangig anwendbar, der gesetzlichen Bestimmungen im Wege der Klage angefochten werden. Die Klage muss binnen einem Monat nach Beschlussfassung erhoben werden. Zur Klage befugt ist jedes in der Mitgliederversammlung anwesende Mitglied, sofern es gegen den Beschluss ausdrücklich Widerspruch erklärt hat und es ausdrücklich verlangt hat, dass der Widerspruch zu Protokoll genommen wird. Zur Klage befugt sind auch Mitglieder, die in der Mitgliederversammlung nicht erschienen waren, weil sie überhaupt nicht oder nicht form- und fristgerecht zur Mitgliederversammlung eingeladen wurden.

bisherige Fassung	künftige Fassung
§ 13 Aufgaben der Mitgliederversammlung	§ 11 Aufgaben der Mitgliederversammlung
Die Mitgliederversammlung hat folgende Aufgaben:	Die Mitgliederversammlung hat folgende Aufgaben:
a) Wahl des Vorstandes;	a) Wahl des Vorstandes;
b) Beschlussfassung über Satzungsänderung, Änderung des Zweckes der FBG und über deren Auflösung;	b) Beschlussfassung über Satzungsänderung, Änderung des Zweckes der FBG und über deren Auflösung;
c) Entlastung des Vorstandes;	c) Entlastung des Vorstandes;

d) Beschlussfassung über Anträge des Vorstandes, des Ausschusses oder der Mitglieder;	d) Beschlussfassung über Anträge des Vorstandes oder der Mitglieder;
e) Beschlussfassung über Art und Höhe der Beiträge;	e) Beschlussfassung über Art und Höhe der Beiträge;
f) Prüfung der Jahresrechnung;	f) Beschlussfassung über den Jahresabschluss
g) Genehmigung des vom Vorstand vorgelegten Haushalts-vorschlages;	g) Überwachung der satzungsgemäßen Aufgabenerfüllung der FBG;
h) Ernennung von Ehrenmitgliedern;	
i) Entscheidung über Einspruch wegen Ausschluss;	
j) Entscheidung über Wiederaufnahme ausgeschlossener Mitglieder;	

bisherige Fassung	künftige Fassung
§ 14 Geschäftsführung	§ 12 Geschäftsführung
1. Die Führung der laufenden Geschäfte kann einem Geschäftsführer übertragen werden. Das Nähere regelt eine vom Vorstand zu erlassende Geschäftsordnung.	1. Die Führung der laufenden Geschäfte kann einem Geschäftsführer übertragen werden. Das Nähere wird in einem Anstellungsvertrag geregelt.
2. Der Geschäftsführer wird vom Vorstand bestellt. Er darf nicht Mitglied der Vorstandes sein.	2. Der Geschäftsführer wird vom Vorstand bestellt. Er darf nicht Mitglied der Vorstandes sein.
3. Der Geschäftsführer kann zu den Vorstandssitzungen zugezogen werden.	3. Der Geschäftsführer kann zu den Vorstandssitzungen zugezogen werden.
	4. Der Vorstand kann dem Geschäftsführer auch Vollmacht erteilen, sofern diese erforderlich ist zur ordnungsgemäßen Erledigung der dem Geschäftsführer übertragenen Aufgaben. Das Nähere regelt ein Anstellungsvertrag.

bisherige Fassung	künftige Fassung
§ 15 Schriftführung	§ 13 Schriftführung
1. Die Schriftführung obliegt der zuständigen Geschäftsstelle des Bayerischen Bauernverbandes. Das regelt die Geschäftsordnung.	Die Schriftführung obliegt dem vom Vorstand bestellten Schriftführer
2. Die Aufgaben des Rechnungsführers können von der Schriftführung übernommen werden.	
3. Der Schriftführer kann zu den Vorstandssitzungen beratend hinzugezogen werden.	

bisherige Fassung	künftige Fassung
§ 16 Rechnungsführung	§ 14 Rechnungsführung
1. Die Führung der Kassengeschäfte kann einem Rechnungsführer übertragen werden. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.	Die Führung der Kassengeschäfte obliegt dem vom Vorstand bestellten Kassenwart
2. Der Rechnungsführer wird vom Vorstand bestellt. Er darf nicht Mitglied des Vorstandes sein.	
3. Der Rechnungsführer kann zu den Vorstandssitzungen beratend zugezogen werden.	

bisherige Fassung	künftige Fassung
§ 17 Beurkunden von Beschlüssen	§ 15 Beurkunden von Beschlüssen
1. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung, des Ausschusses und des Vorstandes sind schriftlich niederzulegen und vom Vorsitzenden der jeweiligen Sitzung und dem Schriftführer zu unterzeichnen.	1. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung und des Vorstandes sind schriftlich niederzulegen und vom Vorsitzenden der jeweiligen Sitzung und dem Schriftführer zu unterzeichnen.
2. Über jede Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen. Sie ist vom Versammlungsleiter und dem Schriftführer zu unterzeichnen.	2. Über jede Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen. Sie ist vom Versammlungsleiter und dem Schriftführer zu unterzeichnen.

bisherige Fassung	künftige Fassung
§ 18 Ehrenamt, Ersatz von Unkosten	§ 18 Ehrenamt, Ersatz von Unkosten
1. Das Amt eines Mitgliedes des Vorstandes oder des Ausschusses ist ein Ehrenamt.	1. Die Tätigkeit des Vorstandes ist, sofern nicht die Mitgliederversammlung die Bestellung hauptamtlich tätiger Vorstandsmitglieder beschließt, grundsätzlich ehrenamtlich.
2. Unkosten, die einem Mitglied des Vorstandes oder Ausschusses durch die Tätigkeit für die FBG entstehen, können durch Beschluss des Vorstandes ersetzt werden.	2. Den ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern steht ein Anspruch auf Erstattung ihrer in Ausübung des Vorstandsamtes getätigten Auslagen zu; anstelle einer Auslagenerstattung gegen Einzelnachweis können auch angemessene Auslagenpauschalen festgelegt werden.
	3. Den ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern kann auch eine angemessene Tätigkeitsvergütung gewährt werden.
	4. Die Entscheidung gemäß Absatz 2 und Absatz 3 obliegt jeweils dem Vorstand.

bisherige Fassung	künftige Fassung
§ 19 Finanzierung	§ 17 Finanzierung
1. Die FBG wird finanziert durch Entgelte für Einrichtungen und Dienstleistungen. Neben den Entgelten können Beiträge erhoben werden.	1. Die FBG wird finanziert durch Entgelte für Einrichtungen und Dienstleistungen. Neben den Entgelten können Beiträge erhoben werden.
2. Über die Höhe der Entgelte entscheidet der Vorstand, über die Art und Höhe der Beiträge die Mitgliederversammlung.	2. Über die Höhe der Entgelte entscheidet der Vorstand, über die Art und Höhe der Beiträge die Mitgliederversammlung.

bisherige Fassung	künftige Fassung
§ 20 Kassenprüfung	§ 18 Kassenprüfung
Einmal im Jahr wird die Kassenprüfung der FBG vom Vorsitzenden zusammen mit einem der Vorstandmitglieder geprüft. Die Jahresabrechnung wird durch 2 von der Mitgliederversammlung bestellte Kassenprüfer geprüft. Über alle Kassenprüfungen sind Niederschriften anzufertigen und von den Prüfern zu unterzeichnen.	Einmal im Jahr wird die Kassenprüfung der FBG vom Vorsitzenden zusammen mit einem der Vorstandmitglieder geprüft. Die Jahresabrechnung wird durch 2 von der Mitgliederversammlung bestellte Kassenprüfer geprüft. Über alle Kassenprüfungen sind Niederschriften anzufertigen und von den Prüfern zu unterzeichnen.

bisherige Fassung	künftige Fassung
§ 21 Auflösung des Vereins	§ 19 Auflösung des Vereins
1. Bei der Auflösung des Vereins fällt das vorhandene Vermögen dem Bayer. Bayernverband,	Bei der Auflösung des Vereins hat die über die Auflösung beschließende Mitgliederversammlung

Kreisverband Friedberg zu. Dieser muss es einem Zweck zuführen, welcher seine ausschließliche Verwendung für die Hebung der bäuerlichen Waldwirtschaft verbürgt.	auch darüber zu beschließen, wem das nach der Liquidation noch vorhandene Vermögen anfällt.
2. Eine Verteilung des Vermögens an die Vereinsmitglieder ist unzulässig.	